

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BA-SK/Z005(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Betriebsausschuss Städtisches Klinikum	Dienstag, 02.10.2007	Städtisches Klinikum Magdeburg Krankenhaus Olvenstedt, Beratungsraum, Magisträle	17:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

- 2 Bestätigung der Tagesordnung

- 3 1. Lesung zur DS0127/07 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Städtischen Klinikums Magdeburg und damit verbundene Organisations- und Rechtsformveränderungen
Vorlage: DS0127/07

Anwesend:

Siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Betriebsausschusses, Frau Bröcker, begrüßt die Mitglieder des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde.

Es sind 9 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Somit ist der Betriebsausschuss beschlussfähig.

Die Vorsitzende des Betriebsausschusses, Frau Bröcker, begrüßt die Mitglieder des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde.

Es sind 9 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Somit ist der Betriebsausschuss beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Ergebnisse der Tarifverhandlung vom 25.09.2007 werden den Ausschussmitgliedern als Information ausgereicht. Die Information soll mit in die Diskussion einfließen.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Stimmen - **8 Ja**
Stimmen - **0 Nein**
Stimmen - **1 Enthaltung**

3. 1. Lesung zur DS0127/07 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Städtischen Klinikums Magdeburg und damit verbundene Organisations- und Rechtsformveränderungen Vorlage: DS0127/07

Herr Dr. Brakmann bringt die Drucksache ein. In den vorherigen Betriebsausschusssitzungen wurde bereits über das Projekt Prüfung und Begleitung der Rechtsformänderung informiert.

Herr Feldmann von der Kienbaum Management Consultants GmbH erörtert, dass der Prozess der Prüfung und Begleitung der Rechtsformänderung seit Januar 2007 begleitet wurde.

Es wurde nach der vorteilhaftesten Form einer Rechtsformänderung gesucht.

Als erstes wurde die Ausgangssituation des Klinikums betrachtet. Das Konsolidierungskonzept der UBG Dr. Schulz wurde in die Prüfung einbezogen. Der Trend im Gesundheitswesen ist, dass man sich als Leistungsträger vernetzt. Es wird angestrebt, niedergelassene Ärzte an das Haus zu binden, die Einweiser für das Klinikum werden. Der ambulante Bereich und der Rehabereich sind auch eine Herausforderung. Die GmbH wurde als beste Rechtsform ermittelt. Die Gemeinnützigkeit soll erhalten bleiben. Es wurde empfohlen, die Krankenhausgesellschaft als 100%ige Tochter der Landeshauptstadt zu führen.

Als Tochtergesellschaften sind drei weitere Gesellschaften zu gründen:

- . Servicegesellschaft
- . MVZ
- . Leistungskooperation

Herr Dr. Brakmann weist darauf hin, dass die Betriebsleitung mit der UBG im März 2006 an den Oberbürgermeister, mit dem Vorschlag eine Rechtsformänderung zu prüfen, herangetreten ist. In der Auftaktveranstaltung zur Prüfung und Begleitung der Rechtsformänderung wurde zur Erlössteigerung, ambulante Versorgungsangebote und Bildung eines MVZ informiert. Um im Wettbewerb zu bestehen, müssen die Einnahmen und Erträge gesteigert werden. Die Drucksache wurde von externen Rechtsanwälten geprüft.

Frau Bröcker erläutert die Verhandlungssituation und das Ergebnis der Tarifverhandlung vom 25.09.2007. Die Tarifverhandlungen laufen seit Juni 2007 parallel zur Prüfung der Rechtsformänderung gleichlaufend mit dem Eigenbetrieb Seniorenwohnanlagen.

In dem Tarifgespräch am 12.09.07 zum SSW forderte Verdi eine gemeinsame mehrtägige Klausurtagung von Personalräten und Tarifkommissionen (SKMD und SSW) zum Thema Rechtsformänderung. Diese wurde seitens der Stadt abgelehnt, verbunden mit dem Angebot, in getrennten Veranstaltungen für SKMD und SSW vormittags Informationen zur Rechtsformänderung zu geben und nachmittags Tarifverhandlungen zu führen. Weiterhin wurde durch die Stadt gefordert, dass Verdi bis zum 14.09.07 alle Fragen zur Rechtsformänderung sowie den Entwurf eines Personalüberleitungsvertrages der Stadt zustellen sollte. Dies geschah nicht.

Seitens der Stadt wurde daraufhin die Informationsveranstaltung zum SSW abgesagt. Verdi reagierte mit der Absage der Tarifverhandlungen für den SSW und der Absage der Informationsveranstaltung für das SKMD. Die Tarifverhandlung SKMD fand am 25.09.07 statt und wurde von Verdi mit der Forderung eröffnet, dass Tarifverhandlungen nur geführt würden, wenn die in der Erklärung aufgeführten Punkte beschlossen werden. Mit dem Hinweis, dass diese Forderungen vom Stadtrat entschieden werden müssen, wurde die Anwendungsvereinbarung verhandelt.

Die betriebswirtschaftlichen Seiten, die juristische Implikation sowie die rechtliche Bewertung muss noch erfolgen. Ver.di hat die Forderung aufgemacht, dass eine 10%ige Abweichung von den Tarifen die Grenze ist.

Herr Dr. Schulz berichtet über die Anwendungsvereinbarung. Das Tabellenentgelt der Entgeltgruppen 1 – 12 soll um 5% und der Entgeltgruppen 13 – 15 um 6% abgesenkt werden. Der ärztliche Dienst ist zur Zeit noch ausgenommen. In der Protokollnotiz zur Anwendungsvereinbarung ist verankert, dass auch Verhandlung mit dem Marburger Bund aufgenommen werden sollen. Kommt es zu keiner Absenkung des Tarifentgeltes, muss die Konsolidierung durch Stellenreduzierung umgesetzt werden. Die weiteren Punkte werden erörtert.

Ab 01.01.2008 könnte ein Volumen von ca. 3,67 Mio. € im Jahr an Personalkosten reduziert werden.

Herr Salzborn äußert, dass das Defizit im Klinikum durch eine schlechte Struktur entstanden ist. Zusätzliche Erlöse müssen erzielt werden. Die Drucksache ist schlüssig.

Herr Dr. Hildebrandt führt aus, dass die Entscheidung über die Drucksache von strategischer Natur ist. Die Stadträte müssen über das Klinikum entscheiden. Er sieht die Möglichkeit einer gGmbH mit 100%ige Gesellschaft der Stadt aber keine Privatisierung. Die Entgeltvereinbarung ist akzeptabel.

Herr Danicke nimmt ab 17:40 Uhr als zehntes beschließendes Ausschussmitglied an der Sitzung teil.

Herr Dr. Reichel hinterfragt die Auswirkung der Absenkung der Gehälter. Nehmen die Mitarbeiter die Absenkung an oder verlassen sie das Klinikum?

Herr Dr. Schulz berichtet, dass die Ärzte aus den Tarifverhandlungen herausgenommen wurden, da sie sich auf einem günstigen Markt bewegen. Der TVöD ist nicht mehr marktgerecht. Die Abwanderung der Mitarbeiter wird als gering eingeschätzt. Auch in anderen Häusern müssen Personalkosten reduziert werden.

Frau Bröcker stellt die Frage an Frau Kubbutat, warum die GmbH-Bildung vom Personalrat abgelehnt wird.

Frau Kubbutat berichtet, dass die Drucksache am 14.09.2007 dem Personalrat durch die Betriebsleiterin zugeleitet wurde. Der Betriebsleiterin wurde mit Beschluss-Nr. 327/07 mitgeteilt, dass ein Beteiligungs- und Mitwirkungsanspruch sowie die Mitbestimmung zur Organisations- und Rechtsformänderung in der Drucksache eingefordert wird. Vom Klinikum wird rechtlich geprüft, ob ein Mitwirkungsanspruch besteht.

Der Personalrat kann Einsparpotentiale aufzeigen. Die Sinnhaftigkeit einer GmbH-Bildung ist nicht nachvollziehbar. Servicegesellschaften bringen bis 2009 keine Einsparungen.

Herr Grünert erläutert, dass nach § 123 der Gemeindeordnung eine zahlenmäßige Untersetzung der Drucksache erfolgen muss. Folgende Fragen werden gestellt:

1. Wird Personal beliehen?
2. Ist eine Strahlenklinik relevant? Ist dies ein zusätzlicher Konkurrent in der Stadt?
3. Was passiert, wenn das MVZ nicht funktioniert?
4. Ist die Entscheidungsgrundlage GmbH bei den anderen Krankenhäusern der Stadt belastbar?
5. Wo findet man den Mehrerlös?
6. Der Marburger Bund ist nicht beteiligt. Werden evtl. Tariferhöhungen verhandelt?
7. Zu welchen Bedingungen wird Personal übertragen? Die IST-Analyse fehlt.
8. Wo sind interne Probleme?
9. Wie können Kooperationsbeziehungen als Eigenbetrieb gemacht werden?

Es ist kein zwingender Grund zur GmbH-Bildung vorhanden.

Er hinterfragt, warum die Ausschreibung der Geschäftsführung der gGmbH bereits durch die Stadt veröffentlicht worden ist.

Herr Dr. Brakmann informiert, dass der Oberbürgermeister dieses Thema in den Verwaltungsausschuss eingebracht hat, um den Zeitplan einzuhalten. Die Ausschreibung wurde einstimmig beschlossen.

Herr Ansoerge berichtet, dass der OB den Ausschuss gebeten hat, die Vorbereitung der Ausschreibung vorzunehmen. Von einer Veröffentlichung wurde nicht gesprochen.

Herr Feldmann macht deutlich, dass Kienbaum beauftragt war, eine Rechtsformänderung zu prüfen. Es wurde abgewogen, welche Richtung das Klinikum einschlagen soll. Bei einem Konsolidierungskonzept wird meistens nur an der Kostenschraube gedreht. Die Mitarbeiter werden vor lauter Konsolidierung müde. Es müssen große Veränderungen passieren. Kleine Veränderungen retten das Klinikum nicht. Eine Privatisierung wäre dann absehbar.

Es muss ein Richtungswechsel angestrebt werden.

Das Personal wird nach § 613a übergeleitet. Die Bildung einer Strahlenklinik und eines MVZ ist eine Momentaufnahme aus dem Stand April 2007. Das inhaltliche Konzept muss sich weiterentwickeln.

Die Betriebsleitung eines Eigenbetriebes ist schwer zu besetzen. Das Klinikum hat durch die bauliche Entwicklung und durch das Leistungsspektrum große Chancen am Markt zu bleiben.

Dr. Schulz berichtet, dass sich die Konsolidierung nicht nur durch Kostensenkung niederschlägt. 140 VK wurden bisher im Rahmen von Abfindungsregelungen abgebaut. Bei dem jetzt vereinbarten Tarifgefüge ist das Haus nicht mehr attraktiv. Die Schlaganfallabteilung (Stroke unit) wird die Erlössituation verbessern. Zusätzliche Erlöse werden durch das Mamazentrum erbracht. Ebenfalls wurden durch die neurochirurgische internistische Abteilung Erlössteigerungen realisiert.

Herr Ansorge hinterfragt die Teilnahme der UBG an den Tarifverhandlungen. Herr Dr. Schulz berichtet, dass die Tarifverhandlungen Bestandteil der Konsolidierung sind und er als Berater der Betriebsleiterin teilgenommen hat.

Herr Ansorge stellt fest, dass die Tarifverhandlung zum Ergebnis hat, dass die Drucksache 0127/07 zurückgenommen werden soll. Die Mitarbeiter verzichten auf einen Teil ihres Entgeltes. Inhalt der Drucksache ist Personalkosteneinsparung. Was soll nun gemacht werden?

Frau Bröcker weist darauf hin, dass die Tarifgespräche trotz Beginn im Juni 07 erst spät stattgefunden haben. Die Auswirkung der Tarifverhandlung greift beim Eigenbetrieb sofort, jedoch bei der Rechtsformänderung nicht. Die Wirkungen der vorliegenden Anwendungsvereinbarung und der Erklärung müssen bewertet und abgewogen werden.

Frau Paqué macht deutlich, dass beide Seiten geklärt werden müssen. Die Mitarbeiter müssen offener informiert werden. Sie macht deutlich, dass die Veröffentlichung der Stellenausschreibung indiskutabel ist. Die Veröffentlichung sei skandalös.

Frau Bröcker weist darauf hin, dass dies ein Beschluss im Verwaltungsausschuss am 21.09.2007 ist.

Frau Kubbutat hinterfragt die zumutbare Personalkosteneinsparung.

Herr Feldmann berichtet, dass das Konsolidierungskonzept von UBG bei der Prüfung herangezogen wurde. Die Zahlen wurden in der Kalkulation verwendet. Die Erlössteigerungen sind im stationären Bereich budgetiert und mit den Kassen verhandelt.

Frau Kubbutat hinterfragt, wie man im Businessplan zu den 3 Mio. € kommt.

Herr Grünert hebt hervor, dass im Eigenbetrieb die Sinnhaftigkeit hinterfragt werden muss. Es verweist auf den § 123 der GO. Was kann man im Eigenbetrieb bei Ausgründung der Tochtergesellschaften anwenden? Die Prüfung der Vor- und Nachteile sind nicht nachvollziehbar. Auch Eigenbetriebe in Deutschland laufen gut.

Herr Feldmann führt aus, dass die Personalkostenreduzierung von 3 Mio. € eine Zielgröße war, die in den Businessplan eingearbeitet wurde. Der Kommunalaufsicht hat die erstellte Drucksache ausgereicht. 6 Wochen vor dem Stadtratsbeschluss muss die Drucksache der Kommunalaufsicht angezeigt werden. Das Landesverwaltungsamt hat nach intensiver Prüfung dem Verfahren zugestimmt.

Herr Grünert zitiert noch einmal den § 123 a der Gemeindeordnung.

Herr Feldmann informiert, dass ein Eigenbetrieb keine Tochtergesellschaften gründen kann. Die Erlöse können nicht partizipiert werden.

Herr Salzborn berichtet, dass er gehört hat, dass Halle sein Klinikum verkauft. Er schlägt eine Kombination aus beidem vor und fragt, ob man in der Drucksache die Aussagen der Tarifverhandlungen verankern kann.

Herr Danicke macht deutlich, dass er Probleme mit dem Ablauf der Ausschusssitzung hat. Es wurde viel Geld für Berater ausgegeben. Es kann jedoch nicht zu einer Entscheidung kommen. Die Fragen gehen hin und her, die mehr oder weniger beantwortet werden. Es sollte ein Fragenkatalog auf den Tisch kommen, der dann beantwortet wird.

Frau Trey informiert, dass der Grundsatz der Krankenhausfinanzierung ist, dass die Wirtschaftlichkeit bis 2009 erreicht werden soll. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nur bis zum Ende der Konvergenzphase der Weg der Wirtschaftlichkeit erreicht werden.

Herr Ansorge schlägt eine erneute Sondersitzung vor. Es sollte dann ein Fragenkatalog erstellt werden, der dann vom Einbringer der Drucksache beantwortet werden soll.

Frau Bröcker äußert, dass auf der nächsten Sitzung des BA SK am 10.10.2007 einerseits ein abgestimmte Verwaltungssicht und andererseits der noch bestehende Fragenkatalog der Sitzungsteilnehmer dargelegt werden sollte. Danach sollte ggf. über eine weitere Sondersitzung befunden werden.

Frau Paqué ist der Ansicht, dass Kienbaum und die Betriebsleitung gemeinsam den Weg der GmbH-Bildung beschreiten. Sie bittet um ein Diskussionsforum, welches mehr Klarheit schafft.

Herr Dr. Reichel hinterfragt, wo finanzielle Mittel für die Modernisierung im Klinikum herkommen, wenn es beim Eigenbetrieb bleibt oder wenn es zur GmbH kommt.

Herr Feldmann führt aus, dass eine GmbH eine eigene Rechtsperson ist und somit Fremdkapital (Kredit) aufnehmen kann. Sie kann auch über die Geräteträgergesellschaft über private Beteiligungen Geräte finanzieren. Der Eigenbetrieb kann nur einen Kassenkredit bei der Landeshauptstadt Magdeburg aufnehmen.

Herr Feldmann legt dar, dass Kienbaum unabhängiges Gutachten erstellt hat, bei dem verschiedene Rechtsformen geprüft worden seien.

Herr Grünert macht deutlich, dass die strukturellen Defizite in der Konvergenzphase überstanden werden müssen. Wenn eine Entscheidung zu einer Rechtsform gefällt wird, bleibt die betriebswirtschaftliche Sicht bestehen. Es besteht Klärungsbedarf, welche Betriebsform die Beste ist. Es müssen die Fragen beantwortet werden. Die optimalste Variante muss gefunden werden.

Frau Bröcker macht deutlich, dass am 10.10.2007 ein in der Verwaltung abgestimmter Entscheidungsvorschlag zum Vorschlag der Tarifverhandlung eingebracht werden muss.

Die Fragen der Ausschussmitglieder sind an das Dezernat III, Herrn Brakmann, zu stellen.

Herr Ansorge bittet um Positionierung der Verwaltung zu den Punkten 1 und 2 der Erklärung zur Tarifverhandlung. Die Zeitschiene ist sehr kurz.

Frau Bröcker ergänzt, dass die Drucksache gGmbH-Bildung in den Ausschüssen weiter beraten wird, bis der Stadtrat am 08.11.07 eine Entscheidung fällt.

Herr Homann äußert, dass dies nur eine politische Entscheidung werden kann.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Bröcker
Vorsitzende/r

Schönián
Schriftführer/in